

Beschluss des Landrats vom 25.06.2020

Nr. 492

22. Investitionsbudget ausschöpfen 2020/221; Protokoll: ak

Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) informiert unter Verweis auf die vorliegende Stellungnahme, der Regierungsrat lehne die Motion ab.

Andreas Dürr (FDP) betont in Vertretung der verhinderten Motionärin, das Coronavirus habe viele KMU vor existentielle Herausforderungen gestellt. Man durfte erleben, dass der Kanton schnell und unbürokratisch finanzielle Mittel gesprochen hat – dafür herzlichen Dank!

Der Staat kann aber noch viel mehr für die Wirtschaft tun als einfach nur Geld zu verteilen. Das ist das Anliegen dieser Motion: Er kann auch staatliche Investitionen vorantreiben. Es geht nicht um zusätzliche Projekte, um zusätzlich zu sprechende Gelder. Es geht um Projekte, die im Rahmen des Investitionsbudgets bereits vorgesehen sind.

Der Regierungsrat empfiehlt, die Motion abzulehnen, und macht es sich mit seiner Begründung etwas gar einfach. Natürlich können Investitionen nicht auf Knopfdruck ausgelöst werden, und natürlich kann es bei Projekten zu Verzögerungen kommen. Aber genau da setzt der Vorstoss an: In der aktuellen Zeit kann auch der Unternehmer nicht einfach im courant normal leben, nein, alle sind gefordert, und auch der Staat kann seinen Beitrag leisten. Auch er muss halt nun schneller die Investitionen ausschöpfen. Man muss nun auch gegenüber den KMU den Willen bekunden, dass die Ausschöpfung der Investitionsbudgets angestrebt wird, und darf nicht fehlende Personalressourcen anführen, um zu rechtfertigen, weshalb die Projekte nicht schneller kommen. Der Staat kann nicht einfach sagen, er habe nicht genug Leute; die KMU krampfen Tag und Nacht und kämpfen ums Überleben. Wo sind denn die Staatsangestellten? Im Homeoffice? Dann müssen sie jetzt antreten und etwas unternehmen.

Es geht nicht darum, grosse Projekte auf Reserve zu planen. Sondern es geht um die Priorisierung von Projekten, die schnell umgesetzt werden, die kurzfristig vorgezogen werden können, ohne dass es eine langjährige Planungszeit braucht. So braucht beispielsweise der Kauf neuer Fahrzeuge wohl weniger Vorbereitungszeit als der Bau eines Tunnels – diesen Kauf kann man noch dieses Jahr vornehmen. Mit einfachen Mitteln können die bestehenden Investitionsbudgets ausgeschöpft werden – das muss nun geschehen. In der aktuellen Situation ist das der Kanton der Wirtschaft schuldig. Das Engagement, der Wille und die Kreativität des Regierungsrats sind nun gefragt. Und der Landrat ist aufgerufen, ihm diesen Anstoss zu geben, damit er die Verwaltung motiviert – oder wenn es nicht anders geht: zwingt –, genau dies zu tun, was nötig ist, damit die KMU überleben können. Die KMU sind sicher bereit, Überstunden zu leisten; es wäre schön, wenn das auch auf Seiten des Staats so wäre.

Urs Kaufmann (SP) bezeichnet die Motion als «starke Symbolpolitik». Die Stellungnahme des Regierungsrats besagt sehr deutlich, dass es um die Frage der Personalressourcen geht, damit wirklich Investitionen von einer gewissen Höhe seriös geplant, ausgeschrieben und die entsprechenden Vergaben getätigt werden können. Einsparungen sind möglich usw., das braucht Personal und kann nicht einfach in Krisenzeiten aus dem Ärmel geschüttelt werden.

Andreas Dürr hat sich sehr despektierlich geäussert, er hält die Verwaltung für faul und nicht gewillt, aus dem gemütlichen Homeoffice zurückzukommen und richtig anzupacken. Solche Äusserungen sind völlig neben den Schuhen. Den Bürgerlichen müssen die Folgen ihrer Sparpolitik in Erinnerung gerufen werden: Die SP-Fraktion hat schon in den letzten Budgetdebatten jeweils zusätzliche Stellen beantragt, was immer abgelehnt wurde. Nun sollten diese Stellen auf dieses Jahr

hin endlich, mit grosser Verspätung, geschaffen werden, aber das Personal konnte noch nicht rekrutiert werden – wohl auch eine Konsequenz der Art, wie mit dem Personal umgegangen worden ist; das rächt sich nun.

Die Motion enthält zwei Forderungen: Einerseits soll das Investitionsbudget 2020 unbedingt vollständig ausgeschöpft werden; aber dieser Zug ist abgefahren, das wird sich nicht mehr ändern lassen, selbst wenn man noch das eine oder andere Wändchen in einer Turnhalle oder einer Dusche in einem Sekundarschulhaus neu anstreichen kann. Andererseits soll langfristig etwas unternommen werden, dass die Investitionsvolumina eingehalten werden können. Dafür setzt sich die SP-Fraktion schon lange ein; genau dafür hat sie ja die entsprechenden Budgetanträge gestellt, weil sie wusste, dass bezüglich der Stellen zu viel gespart wurde und dass das Hochbauamt, das Tiefbauamt und das Amt für Industrielle Betriebe über zu wenig Personal verfügen. Zudem sollte der Kanton sich als attraktiver Arbeitgeber erweisen, damit diese Projekte jeweils gründlich vorbereitet und gut über die Bühne gebracht werden können. Dafür ist die Personaldecke im Moment viel zu dünn.

Die SP-Fraktion würde den Vorstoss als Postulat unterstützen, damit insbesondere der zweiten Forderung endlich Rechnung getragen werden kann und endlich die nötigen Personalressourcen geschaffen werden.

Felix Keller (CVP) betont, es gehe in der Motion um die bereits budgetierten Investitionen. Auch letztes Jahr wurden die budgetierten Investitionen leider nicht ausgeschöpft. Es ist davon auszugehen, dass die budgetierten Investitionen auch auf die Ressourcen abgestimmt sind; man budgetiert ja keine Vorhaben, von denen man von Anfang an weiss, dass sie nicht umsetzbar sind. Deshalb sind nun die geplanten Investitionen umzusetzen. Das hat gar nichts mit Corona zu tun, sondern ist ein Auftrag per se. Deshalb wird die CVP/glp-Fraktion die Motion überweisen. Was budgetiert ist, soll auch ausgeführt werden – das muss die Botschaft an die KMU sein. Sie muss darauf vertrauen können, dass der Kanton die budgetierten CHF 250 Mio. auch wirklich investieren wird.

Andi Trüssel (SVP) weiss, dass die Regierung schon sehr viel geleistet hat in den letzten Wochen. Den Ernstfall hat sie erlebt, aber bei den KMU beginnt der Ernstfall meist erst jetzt. Es geht nun darum, so viele Aufträge wie nur möglich – natürlich unter Einhaltung der entsprechenden Bedingungen – zu erteilen. Andreas Dürr hat klipp und klar gesagt, worum es geht. Wenn Urs Kaufmann nun meint, wenn man früher einmal mehr Stellen geschaffen hätte, wäre alles besser, hat er vergessen, dass niemand die Coronakrise vorhersehen konnte. Das ist eine völlige Verkennerung der Lage. Die SVP-Fraktion unterstützt die Motion vollumfänglich.

Angesichts der Uhrzeit bittet Landratspräsident **Peter Riebli** (SVP) eindringlich um kurze Voten.

Klaus Kirchmayr (Grüne) ist erstaunt über die vorangegangene Diskussion. Erfreulich ist immerhin, dass alle Fraktionen anerkennen, dass nachhaltige Investitionen jetzt das Mittel der Wahl sind. Auf die vom Regierungsrat betonten Ressourcenengpässe haben die Fraktionen von SP und Grüne/EVP mehrere Jahre lang vergeblich in den Budgetdebatten hingewiesen. Erst letztes Jahr wurde eine Aufstockung beschlossen. Die Weichen sind nun in die richtige Richtung gestellt. Aber der Kanton ist immer noch ein ganzes Stück entfernt vom Idealzustand, was die Ausschöpfung des Investitionsbudgets und die Umsetzungsgeschwindigkeit betrifft. Insofern ist die Motion tatsächlich – darin ist der SP beizupflichten – Symbolpolitik, aber Symbolpolitik hat eben durchaus auch ihre Berechtigung. Es braucht nun dieses Zeichen an die Wirtschaft, und deshalb ist die Fraktion Grüne/EVP grossmehrheitlich der Meinung, die Motion solle unterstützt werden. Es wäre falsch, nun ein gegenteiliges Zeichen zu setzen: Denn ein Nein zur Motion könnte als Entscheid verstanden werden, in der jetzigen Situation die Investitionen zurückzufahren.

Die Zustimmung zur Motion ist als Bestätigung der in letzter Zeit verstärkten Aktivitäten des Regie-

rungsrats in diesem Bereich zu verstehen; man darf sich auf die Diskussionen zum AFP und zum Investitionsplan im kommenden Herbst freuen.

Regierungspräsident **Isaac Reber** (Grüne) möchte keine Missverständnisse aufkommen lassen. Es soll nicht der Eindruck entstehen, die Verwaltung tue nicht alles, was sie könne. Das will sie, und das tut sie. Aber es soll vor unrealistischen Erwartungen gewarnt werden. Man kann nicht mehr tun, als man tun kann. Das sollte mit der Stellungnahme des Regierungsrats zum Ausdruck gebracht werden. Es ist klar, dass der Landrat die Motion überweisen möchte; und im Sinne der Effizienz könnte auch gerade der nächste, ebenfalls symbolische Vorstoss überwiesen werden. Der Kanton Basel-Landschaft tut viel für seine Wirtschaft; es wurden bereits über CHF 40 Mio. investiert in die Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft, und die Investitionen gehen weiter. Der oft gescholtene Staat leistet, auch über die geleistete Soforthilfe hinaus, ohnehin immer und immer wieder weit mehr, und zwar Jahr für Jahr.

Es ist aber nicht ganz einfach, 2020 schon nur gleich viel zu leisten wie in anderen Jahren. Denn wie andere auch, hatte auch der Staat mit einigen Erschwernissen zu kämpfen. So hat er von Anfang an alles dafür unternommen, dass die Baustellen offen bleiben können; das war ein grosser Effort, aber natürlich ist es dennoch zu Verzögerungen gekommen: Die erlassenen Auflagen tun weh und sorgen nicht gerade für rascheres Vorankommen. Es schläft niemand in der Verwaltung: Sie ist bereit und hat eben dafür gesorgt, dass die Baustellen offen blieben, sie hat weiter Aufträge herausgegeben und – zusammen mit den Gemeinden – dafür gesorgt, dass weiter Baubewilligungen erteilt werden können. Anders als anderswo wurden in Baselland keine Planauflageverfahren sistiert, sondern es wurde weitergearbeitet, damit es weiter Aufträge gibt.

Die Gelegenheit, Sanierungen und Renovationen vorzuziehen, wie es im nächsten Vorstoss gefordert wird, wurde selbstverständlich auch wahrgenommen. In den leerstehenden Schulhäusern wurden Unterhaltsarbeiten geleistet, und auch im 6. Stock der BUD ist alles wie neu, nicht nur – wie geplant – einige Büros, sondern gleich auch der Gang. Alles, was möglich war, wurde getan, und dies fortzusetzen, bleibt das Bestreben. Es ist aber unsinnig, nun unrealistische Erwartungen zu wecken. Es soll, im Sinne von Klaus Kirchmayrs letztem Votum, mehr und nachhaltiger investiert werden; allein die Umsetzung ist nicht ganz so einfach. Wer den Markt kennt, weiss, wie schwierig es ist, in diesem Bereich qualifizierte Leute zu finden.

Der Vorstoss ist symbolisch, und deshalb wehrt sich der Regierungsrat nun nicht gegen dessen Überweisung, denn er gibt so zum Ausdruck: Wir tun, was wir können, um die Wirtschaft zu unterstützen.

://: Mit 54:13 Stimmen bei 8 Enthaltungen wird die Motion 2020/221 überwiesen.
